

Die A m e i s e .



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 283. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 40.

Charlottenburg, den 3. Oktober 1902.

29. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Flörsheim a. M. (W. Dienst), Neustadt bei Coburg (Porzellanfabrik Gebr. Koch und Gebr. Co.), Selb (Heinrich u. Hertel), Stadt-Lengsfeld (Firma Schweizer), Stotzheim bei Gusskirch (Porzellanfabrik Helbig), Ellowitz (gräf. Frankenberg'sche Fabrik), Wedendorf in Westf. (Firma Gressel u. Co.).

Der Vorstand.

Die Unternehmerkartelle und ihre Bekämpfung.

Eine sozialpolitische Untersuchung.

Von Brutus.

II.

Aber nicht nur für den Arbeiter als Verkäufer seiner Waare Arbeitskraft bilden, wie wir im ersten Artikel sahen, die Unternehmerkartelle eine Gefahr, sondern auch für den Arbeiter als Konsumenten. Sie suchen nicht nur der Arbeiterklasse die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erschweren, sondern sie sind auch eifrig darauf aus, die Preise ihrer Produkte in die Höhe zu treiben und dadurch die Käufer dieser Waaren um Millionen und abermals Millionen von Mark zu brandschlagen. Einen höheren Unternehmergewinn zu erzielen ist der Hauptzweck einer jeden Kartellirung.

Dieses höheren Gewinnes wegen erstrebt das kartellierte Unternehmertum die Stellung und die Vorteile eines Monopolisten auf dem Waarenmarkt; es will keine fremden Mitbewerber neben sich dulden und heißt Jedem, der außerhalb des Kartells steht, rücksichtslos fort. Die Mittel, um diese Monopolstellung zu erlangen, sind verschiedener Art; daher stellen die Kartelle ungemein verwickelte Organisationsformen dar, von denen keine der andern vollständig gleicht. Als Hauptformen der Kartellirung lassen sich folgende bezeichnen: 1. Die Preisvereinbarung, wohl die älteste Form der Kartelle, die darauf beruht, daß die Mitglieder gemeinsam die Preise der Waaren, die Lieferungsbedingungen, die Kreditfristen und die Höhe des eventuellen Rabatts festsetzen; 2. die Vertheilung der Absatzgebiete

resp. der Kundenschaft, wobei jedem einzelnen Teilnehmer sein Revier angewiesen wird, in dem er als Monopolist schaltet und waltet; 3. die Produktions- resp. Absatzkartellirung, wodurch jedem Mitgliede ganz genau vorgeschrieben wird, ein wie großes Quantum Waaren er in einem bestimmten Zeitraume produzieren resp. absetzen darf; 4. die Gewinnkartellirung, wonach die dem Kartell angeschlossenen Unternehmungen den erzielten Gesamtgewinn nach Maßgabe der statuten-gemäß festgesetzten Absatzquantum unter einander vertheilen; endlich 5. die Betriebskartellirung, die vollkommenste Form der Kartelle, die darauf hinausläuft, daß die Beteiligten ihre sämtlichen Waaren an die leitende Zentralstelle einliefern, welche letztere dann den Vertrieb entweder als Kommissionär oder für eigene Rechnung übernimmt. Eine bestimmte Form der Betriebskartellirung bilden die in Amerika vorherrschenden Trusts, in denen sämtliche beteiligten Unternehmungen unter eine straffe, einheitliche Leitung gebracht und gewissermaßen zu einer einzigen Aktiengesellschaft vereinigt werden.

Die natürliche Folge — und auch der beabsichtigte Zweck — einer jeden Kartellirung ist das Emportreiben der Preise. Diese Seite des Kartellwesens ist es gerade, die sich am auffälligsten bemerkbar gemacht und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit am meisten auf sich gelenkt hat. Seit dem Bestehen der Kartelle hat es die große Masse des kaufenden Publikums nur zu oft erfahren müssen, was denn der eigentliche Zweck der Unternehmerkartelle ist. So hat der nordamerikanische Zuckertrust den Konsumenten durch fortgesetzte Preistreiberien im Laufe von 10 Jahren mindestens 400 Millionen Mark widerrechtlich aus der Tasche gezogen. Der Kohlentrust hat trotz der sinkenden Produktionskosten den Preis der Kohlen bedeutend erhöht. Der Petroleumtrust bestimmt willkürlich die Preise, da ihm das Publikum auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Die Folge dieser Preistreiberien ist ein höherer Profit, der wieder in höheren Dividenden seinen Ausdruck findet. Die Rieseneinkommen der amerikanischen Milliardäre sind ein leuchtender Beweis dafür, was die Trusts abwerfen. Auch in Deutschland kann man Preistreiberien als Folge der Kartellirung vielfach beobachten, und unsere Hausfrauen

wissen ein Lied davon zu singen. Ohne Preis-erhöhung ist es noch bei keinem Kartell abgegangen und man kann ruhig sagen, daß die Waarepreise infolge der Kartellirung eine Höhe erreicht haben und behaupten, die sie ohne Kartell aller Wahrscheinlichkeit nach nicht haben würden. Nicht mit Unrecht spricht man deshalb von einem „Kartellausschlag“ auf die Preise.

In Bezug auf die Erhöhung der Preise spielen auch die Schutzzölle eine wichtige Rolle. Das Bestehen eines ausreichenden Zollschutzes, der die ausländischen Produkte möglichst von unseren Grenzen fernhält, sichert dem Kartell den inneren Markt und giebt ihm die Möglichkeit, als Monopolist zu fungieren, und die Preise nach Gutdünken festzusetzen. Denken wir uns den Fall, daß ein Kartell den größten Teil der gesamten Produktion einer Branche in Händen hat und daß ferner die ausländischen Produkte durch einen wirklichen „Schutz-zoll zurückgehalten werden, so sind die Konsumenten dem Kartell auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die Schutzzölle sind also offenbar von großer Bedeutung für die Kartellirung, indem sie das Bestreben der Kartelle auf Monopolisirung einer Branche ganz wesentlich unterstützen. Das Schutzzollsystem bringt das Kartellwesen zur Entfaltung und zur Blüthe, und der bekannte Nationalökonom W. Rosenberg hat vollkommen Recht, wenn er den Einfluß der Schutzzölle auf die Entwicklung des Kartellwesens mit folgenden Worten schildert: „Die Kartelle sind Kinder der industriellen Schutzzölle, seien dieselben Erziehungs- oder soziale Zölle. Sie lieben auch das Schutzzollsystem als ihre Mutter und sind als treue Kinder darauf bedacht, daß dasselbe eine immer höhere Macht erlange, daß demgemäß die Zölle immer mehr gesteigert werden. Ein kräftiges Schutzzollsystem bringt die Kartelle mit Nothwendigkeit hervor, beziehungsweise es steigert ihre Ausdehnung und Intensität, wie denn auch die Kartelle (Trusts) in den Vereinigten Staaten durch die Mac Kuley-Bill (Schutzzollpolitik) zu hoher Blüthe erwachsen sind. Solange noch kein Einverständnis zwischen den Kartellen der verschiedenen Länder hergestellt ist, ist der Schutzzoll die unabwiesbare Vorbedingung der Kartelle“.

Die Schutzzölle und Kartelle ergänzen sich gegenseitig; sie verfolgen ganz den gleichen

Zweck, nämlich das Herauffchrauben der Preise auf eine Höhe, die „einen anständigen Gewinn“ gewährleistet. In dieser Beziehung arbeiten Agrarier und Industrielle, Misjunker und Schlotbarone einträchtig Hand in Hand, um die große Masse der konsumierenden Bevölkerung möglichst über den Köffel zu barbieren. Und die deutsche Regierung, anstatt die Konsumenten zu schützen, legt ihre Hände segnend sie auf diesen Bund der edlen Brüder.

Gerade nach dieser Richtung hin ist man neuerdings — außerhalb Deutschlands natürlich! — bestrebt, gegen die Auswüchse des Kartellwesens einzuschreiten. Die österreichische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach der Staat das Recht haben soll, gegen die Kartelle Maßnahmen zu treffen, „wenn Beschlüsse von Kartellen geeignet sind, die Preise der Waaren und Leistungen zum Nachtheil der Konsumenten zu erhöhen oder zum Nachtheil anderer Produzenten herabzusetzen, den Ertrag der indirekten Abgaben oder die Konsumtionskraft der Bevölkerung zu schädigen oder die Arbeitslöhne herabzusetzen“. Der österreichische Industrierrath hat sich mit diesem Entwurf beschäftigt und den Abänderungsvorschlag gemacht, „man solle dem Handelsministerium das Recht geben, Einfuhrzölle auf kartellierte Waaren vorübergehend aufzuheben oder zu ermäßigen, Ausfuhrzölle einzuführen oder Ausfuhrverbote zu erlassen und überhaupt den nichtkartellirten Unternehmern einer Branche, in der die Kartelle einen schädlichen Einfluß ausüben, allerlei Vergünstigungen zu gewähren, um ihnen die Konkurrenz gegen die Kartelle zu erleichtern“.

Einen ganz beachtenswerthen Vorschlag hat auch vor Kurzem die Handelskammer in Offenbach gemacht, indem sie die Förderung der Kartelle durch den Staat für sehr bedenklich erklärt und als Gegenmaßregel u. A. folgende Maßnahmen empfiehlt: „Es sollten insbesondere den betreffenden Erwerbszweigen für ihre Versendung ins Ausland keinerlei Vergünstigungen, sei es durch Zoll- oder Steuerliche Vergütung oder sei es auf tariflichem Gebiete, gewährt und ihnen der Kampf gegen den ausländischen Wettbewerb auf dem deutschen Markt nicht durch hohen Zollschutz erleichtert werden. Allgemein gültige Festsetzungen in der Gesetzgebung in dieser Beziehung sind wohl kaum angängig; es muß vielmehr von Fall zu Fall

Stellung genommen werden. Es kann deshalb auch nicht befürwortet werden, daß beispielsweise von vornherein im Zolltarif die Zölle entsprechend bemessen werden; doch dürfte es unseres Erachtens der Erwägung werth sein, ob es nicht angebracht erscheint, im Zolltarifgesetz eine Bestimmung platzgreifen zu lassen, nach welcher der Bundesrath, unter Zustimmung oder unter Vorbehalt der Einholung der Genehmigung des Reichstages bei seiner nächsten Tagung, ermächtigt wird, die Zölle für Waaren, welche durch Vereinbarung der beteiligten Lieferanten künstlich im Preise erhöht oder hochgehalten werden, aufzuheben oder herabzusetzen“. Weiter wird die deutsche Reichsregierung bis auf Weiteres wohl wenig geneigt sein, diesem Vorschlage Folge zu leisten.

Uebrigens genügt eine Herabsetzung der Schutzzölle allein auch keineswegs, um die Gefahren des Kartellwesens zu beseitigen, da in diesem Falle die Kartelle sich international organisiren und die verschiedenen Länder zwecks erfolgreicherer Ausräuberung unter sich vertheilen würden. Hier wird nun neuerdings und nicht mit Unrecht, als ein Hauptmittel, um die Konsumenten gegen das kartellierte Unternehmertum zu schützen, die strikte und einheitliche Organisation der Konsumenten und die hierdurch herbeigeführte Regelung der Gütervertheilung bezeichnet. Einen Einfluß auf die Preispolitik der Unternehmertumskartelle vermögen die Abnehmer offenbar nur da auszuüben, wo sie dem Kartell organisiert, als festgeschlossene Masse, gegenübertreten. Wie da, wo die Produzenten den Abnehmern als kompakte Macht gegenüberstehen, die ersteren den letzteren mühelos ihren Willen hinsichtlich der Preise aufzuzwingen vermögen, so können dort, wo die Käufer konzentriert und einheitlich organisiert auftreten, diese den Produzenten die Preise diktiert. Den Zwischenhändlern gegenüber sind die Kartelle augenscheinlich die Stärkeren, weil sie den Zwischenhandel unter Umständen durch Einrichtung eigener Verkaufsstellen ganz ausschalten können. Starke Konsumentenvereinigungen gegenüber aber müssen sie naturgemäß Rücksicht walten lassen und ihre Raubhinterkallen einziehen.

Zur Bekämpfung aller wirtschaftlichen Schäden wird bekanntlich stets die Organisation als wichtigstes Heilmittel empfohlen und wo in aller Welt könnte es eine stärkere

Macht geben, als die Organisation der Konsumenten, die organisierte Kundenschaft? Den Monopolgelüsten des Unternehmertums kann kein anderer wirtschaftlicher Faktor so erfolgreich gegenübertreten, wie das Kartell der Abnehmer, d. h. der Zusammenschluß der Konsumenten in Konsumgenossenschaften resp. Konsumvereinen und die Zusammenfassung dieser kleineren Glieder zu einem großen allumfassenden Verbandsverbande. Es kann niemals einen stärkeren Damm geben gegen die Herrschaftsgelüste des Kapitals als ein gleich starkes Kartell der Konsumvereine. Wo die Bestreben, wie in England, bereits einen großen Theil des ganzen Inlandskonsums beherrschen, wo sie eigene Betriebswerkstätten besitzen und zur Herbeischaffung der überseeischen Bedarfsartikel eigene Schiffe auf dem Meere haben, da bilden sie eine Macht, mit der auch das selbstherrlichste Unternehmertum rechnen muß. Wie sich an derartigen Rieseninstituten der Uebermuth der Kartelle bricht, das zeigt eine Aeußerung des Vorsitzenden der englischen Großhandelsgenossenschaft, der auf eine Frage, wie sich das von ihm vertretene Institut zur Frage der Kartelle stelle, stolz antwortete: „Für unsere Großhandelsgenossenschaft giebt es keine Kartelle!“

Durch mächtige Konsumentenverbände tritt das große Publikum zu den Unternehmertumskartellen in dasselbe Verhältnis einer gleichberechtigten Großmacht, wie die Arbeiter, die in mächtigen Gewerkschaften dem Unternehmertum gegenüberstehen.

Bei der Bekämpfung der Kartelle muß die Parole lauten: „Zusammenschluß aller Derjenigen, die sich durch die Kartelle benachtheiligt fühlen!“ Mögen alle die, die es angeht, möglichst bald handeln, ehe es zu spät ist.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Mitglieder unseres Verbandes, welche in Ungarn Arbeit nehmen und sich einem dortigen Fachverein anschließen, können bei ihrer eventuellen Rückkehr nach Deutschland nicht wieder in ihre alten Rechte eintreten, müssen also, wenn sie sich diese Rechte wahren wollen, Mitglieder unseres Verbandes bleiben.

Wer in Oesterreich in Arbeit tritt, muß in den „Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs“ übertreten, wer in Kopenhagen

„Aepfelwein“.

Eine feuchtfreudige Epistel.

Wenn man in Frankfurt über die große Mainbrücke geht und den Sachsenhäuser Berg (D. H.) hinaufsteigt, da läßt man es sich nicht träumen, daß alle diese Aepfel, welche da in langen Wagenreihen zur Herbstzeit vorüber geführt werden, später, in Flaschen verpackt, nach allen Richtungen der Windrose ihren Weg finden. Durchschnittlich werden in jedem Herbst ca. 50,000 Ctr. Aepfel in dortiger Gegend verarbeitet; da 10 Ctr. ungefähr 3 Hektol. Wein geben, so erhält man daraus 15,000 Hektol. Aepfelwein.

Dieser Aepfelwein findet nicht nur in Deutschland seine Verehrer, denn Sachsenhäuser „Aepfelwein“ geht nach England, Schweden und Rußland und wird dort getrunken, ja selbst nach unseren Kolonien läßt sich der Pflanze wohl sein Fäßlein über das „große Wasser“ kommen.

Am meisten Aepfelwein wird wohl in Frankreich erzeugt und verbraucht, zumal in Gegenden wo es keine Weinberge giebt. Man findet dort ganze Wälder von Aepfelbäumen, wie in Italien die Olivenwälder.

Wir Norddeutsche betrachten den Aepfelwein im Allgemeinen als einen Fremdling, der bei

uns nicht recht heimisch werden kann. Der gemeine Mann bevorzugt Bier und Schnaps, der feine Mann trinkt Traubenwein; in Schwaben jedoch und hauptsächlich in der Umgegend Frankfurts ist der Aepfelwein zum Bedürfnis der unteren und mittleren Klassen geworden. Die Vorzüge des Aepfelweins, gegenüber Schnaps und Bier sind unbestreitbar, hauptsächlich in Bezug auf die Gesundheit. Wer längere Zeit in Württemberg zugebracht hat, der wird die Erfahrung gemacht haben, daß dieses Getränk seinen Einfluß auf den Volkscharakter nicht verfehlt. Namentlich kann man aber beobachten wie wohlthätig der Genuß des Aepfelweins auf den Gesundheitszustand bei den Mannövern wirkt, eine Gelegenheit, welche für derlei Beobachtungen besonders günstig ist. Obgleich man oft heut noch dem Ausdruck huldigt: „dummer Schwoab“ so zeigt uns grade Schwaben wie sehr durch allgemeine Verbreitung des Aepfelweingenußes, der Branntweingenuß, und damit alle die greulichen Folgen der Trunksucht eingeschränkt werden können; zumal wenn er mäßig genossen wird.

Man darf sich nicht wundern, daß der Aepfelwein von jeder Anhänger gefunden hat, die sich für ihn in Poesie und Prosa begeisterten. So singt Dr. Lucas:

„Der edle Wein belebt mit seinem Feuer wohl jede Menschenbrust;
Der Obstwein ist dem Landmann werth und theuer zur Arbeit schafft er Luft!“ —

Während jedoch der Genuß von Traubenweinen das Blut erfrischt, während der Genuß von Bier dasselbe verdirbt und zu Fieberkrankheiten geneigt macht, das Gemüth nach reichlichem Genuß mürrisch und melancholisch stimmt, wirkt im Gegensatz hierzu der Aepfelwein ermunternd. Otto Lämmerhirt sagt: Der Genuß von Obstwein wirkt, vermöge seines Gehalts an phosphorsauren Salzen anregend auf die Gehirnthätigkeit, und die Aepfel- und Citronensäure der Früchte beleben auch den ganzen menschlichen Organismus, indem sie durch vermehrte Thätigkeit der Organe, die „Schlacken“ aus dem Blute entfernen und so dasselbe reinigen.“ —

Es ist kein Wunder, daß Petrus und Jakob seinerzeit den Aepfelwein als Universalmittel gegen alle möglichen Krankheiten verordnet haben, ja daß Petrus ihn sogar „die Muttermilch der Natur“ nannte.

Tropdem macht es der Aepfelwein auch nicht. Wenn der Mensch sonst nicht naturgemäß lebt, so wird er täglich, durch verkehrte Lebensweise da wieder verderben, was der „Aepfelwein“ in Monaten nicht wieder gut machen kann. ih.

Arbeit nimmt, in den „Keramist-Vorbund“, wenn er sich seine Rechte erhalten will. Mit anderen Vereinigungen besteht ein Gegenseitigkeits-Vertrag nicht.

Der Verbandsvorstand.

Im Monat November soll der Verbandsvorsitzende eine längere Reise unternehmen. Richtung und Dauer derselben werden wir später bestimmen, vorläufig soll zu diesem Zweck das Bedürfnis festgestellt werden. Es werden daher diejenigen Zahlstellen bzw. Verwaltungen, welche auf den Referenten reflektieren, ersucht, einen diesbezüglichen Antrag bis spätestens 20. Oktober an den Verbandsvorsitzenden zu senden.

Bei den Bewerbungen ist gleichzeitig mitzutheilen, ob die geplante Besammlung der Agitation nach außen oder Erörterung innerer Fragen der Organisation (welcher Fragen) oder der Erledigung örtlicher Angelegenheiten (und welcher) dienen soll, um ermitteln zu können, ob dem Zwecke mit einer öffentlichen oder mit einer Zahlstellen-Versammlung am besten gedient wird.

Soweit bisher Gesuche an den Vorstand gelangt sind, können dieselben nur in Erwägung gezogen werden, wenn sie erneuert werden, weil dieselben inzwischen hinfällig geworden sein können. Wahrscheinlich werden wir vorzugsweise solche Zahlstellen berücksichtigen, welchen seit längerer Zeit ein Vorstandsvorsteher als Referent nicht zugewiesen wurde, andere Zahlstellen müssen also die Nothwendigkeit ausführlicher nachweisen.

Der Verbandsvorstand.

Von den Monatsberichten für die Monate April, Mai, Juni, Juli und August fehlen noch eine große Anzahl. An den Außenständen sind 87 Zahlstellen beteiligt. Es fehlen die Berichte von 33 Zahlstellen für einen Monat von 16 Zahlstellen für zwei, von 20 Zahlstellen für drei, von 14 Zahlstellen für vier und von 5 Zahlstellen für alle fünf Monate.

Bei so mangelhafter Pünktlichkeit ist es natürlich schwer, Statistik zu pflegen. Für diesmal sind die betr. Kassierer durch Postkarte zur Einsendung der fehlenden Berichte ermahnt worden, künftig kann das nicht mehr geschehen sondern muß in der nach dem 4. jedes Monats erscheinenden „Ameise“ jedesmal öffentliche Mahnung erfolgen.

Bei einigen Kassirern mag wohl der gute Wille zur Erfüllung der geringen Pflicht fehlen, bei der größeren Anzahl aber ist wohl Vergeßlichkeit die Ursache der Säumigkeit. Es ist aber jedenfalls ein schlimmer Zustand, wenn es sich nicht um einzelne, sondern um eine so große Zahl Säumiger handelt. Ein solcher Zustand wäre jedenfalls nicht möglich, wenn die betr. Zahlstellenverwaltungen sich der Sache mehr annehmen würden. Die Verwaltungen sollten sich mit darum kümmern, ob und wie solche Geschäfte von den Kassirern erledigt werden. Würden die Zahlstellenverwaltungen gelegentlich oder die Verwaltungsmitglieder in den Sitzungen die Kassierer befragen ob die Monatsberichte abgesandt sind, dann ließe sich das Vergessene schnelligst nachholen und mancher Kassierer dürfte nur dankbar für die Erinnerung sein. Wo jedoch absichtlich die Pflichterfüllung unterlassen wird, sollten sich das die Mitglieder doch nicht gefallen lassen. Es ist aber geradezu erstaunlich, wie wenig „Neugierde“ trotz der Krise bei vielen Mitgliedern vorhanden ist nach den zahlenmäßigen Ausweisen über den Stand des Arbeitsmarktes.

Vorliegendes zu sagen, hielt ich endlich einmal an der Zeit, nachdem alle bisherigen

öffentlichen und schriftlichen Klagen erfolglos geblieben sind. Es muß doch wohl dafür gesorgt werden, daß nicht noch die pünktlichen Einsender annehmen, ihre Mühe sei zwecklos. Diesen gegenüber fühle ich mich auch verpflichtet, wieder einmal nachzuweisen, daß es nicht an mir liegt, wenn ich Zusammenstellungen nicht veröffentlichen kann.

An den meisten Orten läßt die Krise den Zahlstellen mehr freie Zeit für die Verbandstätigkeit, als sonst dem Arbeiter zur Verfügung steht und hier handelt es sich um eine verhältnismäßig geringe Mühe.

Bei Erscheinen dieser Notiz ist auch der Bericht für Monat September fällig und bitte ich um sofortige Einsendung, damit ich die Berichte für 6 Monate verarbeiten kann.

Der Verbandsvorsitzende.

20. Vorstandssitzung vom 16. 9. 1902.

Ohne Entschuldigung fehlt Dale; als Gäste sind die Genossen Kiemer und Hennig, Charlottenburg, anwesend.

Der Vorsitzende, welcher nach Neustadt delegiert war, berichtet, daß die Situation daselbst noch unverändert ist; der unternommene Versuch, Verhandlungen mit den beiden Unternehmern anzubahnen, ist an dem Verhalten der Letzteren gescheitert. Der Kampf dauert demzufolge unverändert fort. — Zuschriften von Götting und Stadtilm sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Ein Antrag der Zahlstelle Meissen wird ablehnend beschieden. — Die Agitationskommission des 22. Agitationsbezirks hat die Tagesordnung einer einzuberufenden Vertrauensmänner-Konferenz eingeleitet und ist der Vorstand mit der Abhaltung einer solchen einverstanden. — Den Mitgliedern 25490, 29479 und 29480 Kolmar ist vom Bureau Unterstützung nach § 3 des U. N. verweigert worden; die Verwaltung beantragt, unter Bezugnahme auf § 3 Abs. 2. des U. N. denselben die Unterstützung zu bewilligen; dies wird abgelehnt, ein besonderer Fall kann nicht als vorliegend erachtet werden. — Dem Mitglied 16796 Berlin II (Leipzig) werden für 2 Wochen Unterstützung bewilligt, unter Abzug der zu Unrecht erhaltenen Fahr- und Umzugsgelder. — In Rechtschuldsache 28656 Schönewald wird beschlossen, die eingelegte Berufung zurückzuziehen. — Dem Mitglied 8007 Dhrdruf wird die nachgesuchte Genehmigung zum freiwilligen Verlassen des Arbeitsplatzes unter Wahrung des Anspruches auf Fahr- und Umzugskosten, verweigert. — Dem Mitglied 15945 Stadtilm wird die Fahrtkosten bewilligt. — In Rechtschuldsache 5985 Rahlitz wird das Urteil erster Instanz zur Kenntnis genommen und beschlossen, gegen dasselbe Berufung einzulegen. — Dem Mitglied 14798 Götting wird für weitere 4 Wochen Unterstützung bewilligt. — Ein Antrag der Zahlstelle Rostock-Besra, die Wiederaufnahme des Oberdrehers Gerling in den Verband betreffend, wird mit Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Von Mitterteich wird der Ausschluß des Mitgliedes 26611 beantragt; beschlossen wird, die Angelegenheit an die Zahlstellen-Versammlung zurückzuverweisen, um dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich gegen die wider ihn erhobenen Beschuldigungen rechtfertigen zu können. — In Sachen Weg's Erben wird eine Mittheilung des Oberstaatsanwalts, daß von neuem Erhebungen angestellt werden, zur Kenntnis genommen. — Die Vertrauensmänner-Konferenz des 10. Agitationsbezirks hat beschlossen, den Vorort von Sigmund nach Grotzenbach zu verlegen, und erklärt sich der Vorstand damit einverstanden. — Das Mitglied 31030 Richter Selb wird nach § 5 Abs. 3 des St. vom Verband ausgeschlossen. — Ein Aufnahmegesuch des Dreher Wilh. Helmholz Magdeburg wird zurückgewiesen. — Von Berlin II wird mitgeteilt, daß die Differenz bei Franke, Dresdenerstr. 15 als vorläufig erledigt zu betrachten ist. — Einige Aufnahmegesuche von Ruppelshorf werden abgelehnt. — Die Zahlstelle Götting beantragt die Bewilligung der Mittel zur Anschaffung eines Schranzes für den Kassierer; beschlossen wird, dieselbe auf § 20 Ziffer 6 des St. zu verweisen. — Der Verbandskassierer glebt zur Kenntnis, daß für die Verbandskasse ein Depot von 14000 Mk. abgehoben werden muß. — Eine Anfrage des Redakteurs, ob und inwieweit Probe-Exemplare abgegeben werden können, sofern solche verlangt werden, wird demselben zur selbständigen Entscheidung überlassen.

Bei Hülse von dem Mitglied 3398 Moschenhof wird die Beihilfe, nach erfolgter Recherche vom Tage der Erkrankung ab, bewilligt. — Dem Mitglied 29823 Annaburg wird die Aufnahme in den Beihilfensond bewilligt. — Die beantragte Aufnahme des Mitgliedes 32123 Dberhausen wird abgelehnt, jedoch soll es dem Betreffenden frei gestellt bleiben, sich in Jahresfrist wieder zu melden. —

J. Schneider, Schriftführer.

Sitzung der Beschwerdekommmission in Annaburg vom 9. September 1902.

Als Verhandlungsgegenstand lag eine Beschwerde von der Zahlstelle Bonn-Poppelshorf für das Mitglied 7702 H. vor.

Die Zahlstelle beschwert sich für das Mitglied, weil demselben die beantragte Arbeitslosenunterstützung seitens des Verbandsvorstandes verweigert wurde. Auf Grund des vom Vorstande und von der Zahlstelle zugestellten Materials hat die Beschwerdekommmission folgenden Thatbestand festgestellt. Mitglied war mit wenigen Unterbrechungen ein halbes Jahr krank und arbeitsunfähig wurde im unmittelbaren Anschluß hieran am 25. Mai dieses Jahres vom Arzt gesund geschrieben; vom 26. bis 28. Mai wurde Mitglied wieder in der Fabrik beschäftigt und am letztgenannten Datum wieder wegen Invalidität entlassen. Weiter hat sich das Mitglied, weil der Vorstand die beantragte Unterstützung ablehnte, wieder krank gemeldet. Die Invalidität des Mitgliedes ist durch ärztliches Zeugnis festgestellt worden. Ferner ist im Entlassungszeugnis angegeben, daß Mitglied nur wegen Invalidität entlassen wurde, was in der Beschwerdeschrift und in den Zuschriften an den Verbandsvorstand seitens der Zahlstelle bzw. deren Verwaltung bestätigt wird. Nach Feststellung vorstehenden Thatbestandes hält die Beschwerdekommmission die Anwendung des § 10 des U. N. als zu Recht geschehen und lehnt die Kommission ebenfalls die Unterstützung ab. Begründung: Aus dem Thatbestand geht ohne Widerlegung hervor, daß die für das Mitglied im § 10 des U. N. bedingte Voraussetzung einer in seinem Beruf erforderlichen Arbeitsfähigkeit nicht vorhanden war, folgedessen es dem Mitgliede nicht möglich ist, eine in seinem Fach einschlagende Arbeit anzunehmen, was nach besagtem Paragraph den Verlust der Unterstützung nach sich zieht und hat deshalb die Beschwerdekommmission entschieden, wie oben angeführt.

Karl Röllmar, Vorsitzender. Emil Hoffmann, Schriftführer.

Aus unserm Berufe.

Von Neustadt wird zur Situation der Aussperrung unserer Mitglieder seitens der Firmen Gebr. Knoch und Heber u. Co. mitgeteilt, daß die vergangene Woche sich bei ersterer Firma eine „Ersatzkraft“ in der Person des Ausschneiders Schneider aus Desslau eingefunden hat. Derselbe habe schon früher bei Gebr. Knoch in Arbeit gestanden und damals sich immer über die schlechten Preise beklagt, bei denen nichts zu verdienen sei. Jetzt, wo durch wiederholte Reduzierungen die Preise wohl noch niedere geworden sind, wird er als „Arbeitswilliger“ jedenfalls mehr verdienen. Er hatte jetzt eine vierwöchentliche Reserveübung mitgemacht, es mag sein, daß diese „Ferien“ ihm eine andere Auffassung über die Entlohnung der Arbeitskraft beigebracht haben. Im Uebrigen hat sich die Situation nicht geändert.

Ueber die Porzellanfabrik zu Meuselwitz (S.-Altenb.) hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 30. September aus dem Grunde, weil der dortige Unternehmer Verbandsmitglieder ächtet, die Sperre verhängt, was die Mitglieder im eigenen Interesse beachten wollen.

Die „Keramische Rundschau“ bringt in den beiden letzten Nummern u. A. einige Inserate, worauf wir mit einigen Worten eingehen wollen.

Zunächst finden wir da ein Inserat, laut welchem Arbeiter gesucht werden. Solche erhalten den Vorzug, dauernde (ob auch lohnende wird nicht dabei vermerkt) Beschäftigung zu erhalten, die Familie bzw. erwachsene Kinder, welche ebenfalls Arbeit nehmen, aufweisen können. Sehr bezeichnend ist es, wenn womöglich Kind und Regel mitarbeiten soll, um einen Verdienst zu erzielen, der für die Familie zureicht. Gewöhnlich werden junge, unverheiratete Leute gesucht, die keine „Witwen“ haben und deswegen mit recht niedrigem Lohn auszukommen vermögen, in diesem Falle ist es anders, da werden Familien gesucht. Der Unternehmer schlägt dabei zwei Fliegen mit einer Klappe; er erhält recht viel Arbeit geliefert, macht dadurch viel Profit, der Arbeiter verdient durch die Zulihnahme von Frau

und Kind ebenfalls viel; der betr. Unternehmer müßte deswegen in die „Ehrenliste deutscher Arbeitgeber“ (siehe an anderer Stelle) kommen, weil er doch einen wahrhaftigen „Akt der Fürsorge“ ausübt.

Der Name der suchenden Firma ist nicht beigefügt, unter V. 1459 kann man erfahren, wo das Dorado ist. —

Unter „1455“ kann man erfahren, wo ein Porzellanmaler in angenehme Stellung kommen kann. Der Gesuchte darf aber nicht im Verband sein, und „Thüringer“ wird bevorzugt. Das Letztere drückt eine Vorliebe aus, die verständlicher wird, wenn man sie mit der Nichtzugehörigkeit zum Verband in Verbindung bringt. Die Verbändler sollen eine ganz unzufriedene Gesellschaft sein, während den Thüringern sehr viel Zufriedenheit nachgesagt wird. Es ist nur gut, da Schreiber dieses selbst von dort „berheime“ ist und er weiß, daß es trotzdem noch eine Anzahl Verbandsmitglieder dort giebt, freilich zu wenig im Verhältnis. Die Zufriedenheit ist leider dort ein „Bergnügen“, wie aus dem bekannten schönen Lied hervorgeht.

— Die Majolikafabrik Schweidnitz sucht Arbeiter. Bekanntlich ist aber diese Fabrik in der Liste für gesperrte Fabriken enthalten, weil der Herr Krause i. Bt. einen „Herr im Hause“-Standpunkt eingenommen hat, wie selten einer und Verbandsmitglieder ächtet. Wir haben mit Kollegen in diesem Orte keine Verbindung, im Gegensatz zu früher, wo die Spalten der „A.“ öfter von dort in Anspruch genommen wurden.

Es scheint dem Herrn Krause gelungen zu sein, jedes Gefühl für eine Berufsorganisation bei den in dieser Fabrik beschäftigten Arbeitern zu ersticken, nun — die Arbeits- und Verdienstverhältnisse werden demgegenüber auch danach sein. Wenn Mitglieder etwa auf eine Stelle dort reflektieren, mögen sie Vorstehendes beachten.

— Nach Stützerbach i. Thür. werden Dreher für Salbenrulen gesucht. Ausdrücklich wollen wir betonen, daß wir keine Veranlassung haben, etwa die Berufsgenossen abzureuen, dort in Stellung zu treten. Die Verhältnisse werden dort eben auch „thüringische“ sein. Beim Lesen des Ortsnamens fällt uns nur ein, daß dort wohl eine ganze Anzahl Porzellanarbeiter beschäftigt sind, die aber anscheinend ebenfalls vor lauter Zufriedenheit ihrer Berufsorganisation fern stehen. Aus dem Bericht über eine Agitationstour des Vorstehenden des Glasarbeiterverbandes im „Fachgenossen“ geht hervor, daß dieser dort eine Versammlung abgehalten hat und zu hoffen ist, daß eine größere Anzahl Glasarbeiter sich ihrer Organisation anschließen werden. Möchten doch die Porzellanarbeiter dieses Ortes auch recht bald sich der unsrigen anschließen.

— Daß mehrere der Inserate in der „Keramischen Rundschau“ enthalten sind, wonach Arbeiter nach Fabriken in Oesterreich resp. Böhmen gesucht werden, könnte uns auf den Auspruch bringen: das läßt tief blicken! Im Böhmerland dürfte es doch wohl zur Zeit genügend arbeitslose Porzelliner geben.

— Firma Abicht u. Co., Ilmenau, sucht, wenn auch nur einen, immerhin aber Arbeiter, ohne jedweden Zusatz zum Inserat gemacht zu haben. Wir haben ja allerdings seit der Zeit, wo dort Mitglieder von uns mit der Firma in ernsteren Differenzen standen, nichts mehr vernommen, ob sich inzwischen die Gesinnung der Firma gegen die Arbeiterorganisation zum Besseren gewendet hat. In der Liste des Vorstandes, bezüglich gesperrter Geschäfte, die Verbandsmitglieder boykottieren, ist aber auch obige Firma noch aufgeführt,

weswegen wir unsere Mitglieder bitten, dies zu beachten.

— In Nr. 39 der „Keramischen Rundschau“ sucht die Rheinische Porzellanfabrik Mannheim Arbeiter. Dort hat sich vor noch nicht langer Zeit ein ziemlich hartnäckiger Kampf zwischen Herrn Sterner und Verbandsmitgliedern abgespielt, der sich schließlich in die ganze Sperre über diese Fabrik verdriftete. Die Triebfeder der Differenz scheint zumeist in der Person des derzeitigen Werkführers Scherzer aus Böhmen gelegen zu haben; dieser Herr wird nun das Stablisement verlassen und die ganze Sperre ist, wie wir bereits in voriger Nummer mittheilten, deswegen aufgehoben worden. Jedoch verlautet noch nichts darüber, ob Hr. Sterner anderen Sinnes geworden ist und daß er zugeht, daß auch die Arbeiter ein Koalitionsrecht benutzen können, gleich wie er das als Fabrikant thut. Deswegen figurirt diese Fabrik noch unter den gesperrten; sofern von Herrn Sterner Erklärung zu erlangen wäre, daß er nichts mehr gegen die Verbandszugehörigkeit hat, dürfte nach Abgang des schneidigen Scherzer vielleicht ein voller Friede hergestellt werden können.

— Von Arzberg wird mitgeteilt, daß von den bei der Firma Selmann in Schlottenhof b. Arzberg arbeitenden Kollegen Klagen über dortige Zustände in der Zahlstellenversammlung vorgebracht worden seien. Es wird im Anschluß hieran ersucht, daß diejenigen Kollegen, die dort in Arbeit treten wollen, sich erst bei der Arzberger Zahlstellenverwaltung erkundigen.

Es wäre praktischer gewesen, uns näheres über die beregten Klagen mitzutheilen und ersuchen wir, dieses nachzuholen. Die Arzberger Firma Reichel hat, wie weiter mitgeteilt wird, am Bahnhof Schirnding (vier Kilometer von Arzberg) einen Neubau errichtet (Porzellanfabrik oder nur Malerei? D. Red.), der in diesem Herbst theilweise noch in Betrieb kommen soll. Es wird seitens der Arzberger Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß über die Firma Reichel vor ca. 2 Jahren die Sperre bestanden hat. Wir bemerken dazu, daß die Sperre wohl bestanden hat, aber aufgehoben wurde und daß zunächst abgewartet werden muß, zu welcher Art die Arbeitsverhältnisse im neuen Betrieb sich gestalten, ehe man den Berufsgenossen schon „abwinkt“. Ueber die Arbeitsverhältnisse in dem Reichel'schen Geschäft in Arzberg ist uns wohl seit der jenseitigen Differenz weder günstiges noch ungünstiges berichtet worden.

— Die Porzellanfabrik Königszell, Akt.-Ges., hatten über den geschäftlichen Rückschlag ebenfalls zu klagen. Trotzdem ist im verfloffenen Geschäftsjahr ein Reingewinn von 266 853 Mk. erzielt worden und soll an die Aktionäre eine Dividende von 12 $\frac{1}{2}$ pCt. = 200 000 Mk. vertheilt werden; 17 145 Mk. Tantems an die Aufsichtsratsmitglieder, 11 144 Mk. Tantems an die Direktion, 26 172 Mk. soll auf das neue Geschäftsjahr vorgetragen werden.

— Aus Limbach i. Thür. erfahren wir (Mitglieder des Verbandes haben wir dort nicht), daß der Direktor dortiger Porzellanfabrik allem Anscheine nach die Meinung hegt, die dortigen Porzellanarbeiter seien noch lange nicht genug Anhänger von der Theorie der Thüringer Zufriedenheit und er versuche, praktisch durch das Drücken der Arbeitslöhne, auf deren Temperament einzuwirken. Von der Leipziger Messe zurückgekehrt, soll er bei vielen Artikeln die Altkordpreise gegen die früheren, doch auch gewiß nicht hohen, bis über die Hälfte zurückgeschraubt haben. Wenn das noch so weiter geht, müßten die Arbeiter

wohl bald noch Geld mit in die Fabrik bringen, um davon die zur Arbeit benötigten Materialien bezahlen zu können. Bei der Gleichgültigkeit der Berufsgenossen ihrer Organisation gegenüber, gewiß nicht verwunderlich.

— In Tettau zeigt sich zur Abwechslung wieder einmal, in welcher Weise heutzutage seitens der Unternehmer gearbeitet wird, um die Produktionsverhältnisse und die Fürsorge für die Arbeiterschaft im richtigen Einklang zu bringen. Die Berufsgenossen werden sich erinnern, daß vor noch gar nicht langer Zeit die Tettauer Porzellanfabrik Arbeiter suchte und auch eine ganze Anzahl Kollegen sich nach dort engagiren ließ. Wir hatten in Nr. 24 der „A.“ Veranlassung genommen, auf einiges, uns über dortige Arbeitsverhältnisse berichtete, öffentlich hinzuweisen. Da wurde u. A. auch berichtet, daß Ueberstunden gearbeitet, daß Frühstück- und Vesperpausen durchgearbeitet würden. Nun, wir zweifeln gar nicht daran, daß die dem Unternehmer gewordenen Aufträge mit einer seltenen Behemung „effektiv“ worden sind. Von dabei erzieltm Verdienst, darüber brachte unsere jenseitige Notiz ja auch etwas, allerdings ungünstiges.

Jetzt nun geht die Mittheilung ein, daß mit einem Male 18 Personen wegen Arbeitsmangel gekündigt worden sind. Die übrigen Arbeiter arbeiten auch nur beschränkt. Da sieht man nun wieder einmal die Anwendung des „besten Mittels“, wie der Geschäftsbericht vom Fabrikantenverband sagt, durch Einschränkung der Arbeitszeit und Entlassungen einer „allzu großen Ueberproduktion“ entgegen zu arbeiten. Oder sollten am Ende gar die jetzt Entlassenen oder beschränkt Arbeitenden in der „flotten“ Arbeitszeit sich so viel vom Verdienst auf die hohe Kante haben legen können, wovon sie nun ihren Unterhalt bestreiten können? Unsinn, wer Tettau und seine Verhältnisse (jene der Arbeiter) kennt, wird wissen, woran die Entlassenen nun sind. Da muß nun wohl wieder die Verbandsklasse herhalten, um die Opfer einer verderblichen, aber nur von der Ausbeutungssucht der betreffenden Unternehmer diktierten und heraufbeschworenen Ueberproduktion über Wasser zu halten.

Wenn die Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen um dieses eine Gute willen der Organisation beitreten, daß sie durch die gewährte Arbeitslosenunterstützung vor dem Hunger geschützt sind, so hat dies ohne Weiteres etwas für sich und sollte Alle bewegen, Mitglieder der Berufsorganisation zu werden. Aber dieselbe will gewiß nicht nur den augenblicklichen Schaden einer Entlassung vorbeugen, sondern sie strebt günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen an, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit auch bei gutem Geschäftsgange. Eine derartige Regelung, eine bessere Entlohnung der Arbeitskraft dürfte zweifelsohne ein viel besseres Mittel sein, der Ueberproduktion zu steuern, als die für gewöhnlich und nun auch in Tettau angewandten.

Mögen unsere Mitglieder die unorganisirten Kollegen und Kolleginnen auf unsere Bestrebungen bei jeder Gelegenheit hinweisen.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Der Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs giebt vom 8. Oktober l. J. sein neues Verbandsorgan „Der Porzellanarbeiter“ heraus. Die Redaktion (Josef Kral), befindet sich Fischern 179, „Fichtnerhaus“. Wir werden nach Erscheinen der Nr. 1 darauf zurückkommen.

— Der „Vorwärts“, das Centralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, eröffnet vom 1. Oktober d. J. ab einen

eigenen Druckereibetrieb. Die Redaktion, Expedition, sowie die Buchhandlung „Vorwärts“ befinden sich vom obigen Datum ab nicht mehr Douthstr. 2, sondern Berlin SW., Lindenstr. 69.

— **Emile Zola**, der französische Roman- und Schriftsteller, dessen Werke (wir nennen z. B. *Germinal*) auch zahlreich in den Bibliotheken unserer Zahnstellen anzutreffen sind, ist am 29. September durch Kohlengas erstickt, tobt in seinem Schlafzimmer aufgefunden worden. Obwohl keiner politischen Partei angehörig, hat er durch seine naturgetreuen Darstellungen des Arbeiterlebens viel beigetragen, um den Völkern den Wert des sozialistischen Gedankens nahe zu legen; ganz besonders ist dies der Fall in dem Roman „Arbeit“. Mit Zola ist ein Förderer der modernen Weltanschauung leider zu früh aus dem Leben geschieden.

— In **Dortmund** erscheint vom 1. Oktober ab die „Arbeiterzeitung“ als gemeindefreies Parteiorgan für den bisherigen Verbreitungsbezirk der beiden Blätter „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ und des „Westruf“.

— **Allerhand Neues** wird jetzt hervorgetrieben, um die soziale Frage zu lösen, und den sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht ins Leben kommen zu lassen. Eine „Deutsche Arbeiterzeitung“ soll vom 1. Oktober ab der roten Gesellschaft an den Krügen gehen; jetzt hat der Verlag der „Münchener Allgem. Zeitung“ noch etwas ganz appartes ausgeheckt und wenn das einschlägt, wird es wohl bald ein Ende mit allen politischen und gewerkschaftlichen „Hexen“ haben. Der genannte Verlag hat nämlich ein Circular folgenden Inhalts an die Unternehmer versandt:

„Gew. Hochwohlgeboren bitten wir, dem anliegenden Aufsatz:

„Ehrentafel der deutschen Arbeitgeber“

freundlichst Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden zu wollen. Von hervorragender Seite in der bayerischen Industrie ist an uns die Anregung ergangen, eine solche Ehrentafel besonders für Bayern in der „Allgemeinen Zeitung“ einzurichten. Wir sind diesem Gedanken näher getreten und haben uns die Ausführung in der Weise gedacht, daß auch Ihr werthvolles Unternehmen uns vorkommenden Falles Mitteilung von den außerhalb der Arbeiterversicherungen gemachten Aufwendungen für die Arbeiter macht, und zugleich nähere Auskunft darüber, in welcher Form die Veröffentlichung erwünscht ist. Wir würden, wenn es geht, alle Monat eine solche Tafel veröffentlichen und die Bekanntgabe solcher Akte der Fürsorge würde ein wesentliches Hilfsmittel sein, um sozialdemokratischen Bemühungen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern Mißtrauen zu säen und sie prinzipiell in Gegensatz zu bringen, in versöhnlicher Weise entgegenzuwirken. Auf jeden Fall würden wir Ihnen sehr danken, wenn Sie uns Ihre Ansicht über die Veranstaltung einer solchen Ehrentafel und freundliche Rathschläge bezüglich ihrer Ausführung mittheilen wollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnen wir
Verlag der „Allgemeinen Zeitung“ (G. m. b. H.)
gez. Schuhmacher. gez. Wöhrl.

Die Porzellanfabrikanten des Bayerlandes werden, so denken wir, wohl darauf verzichten, Gebrauch von der „Ehrentafel“ zu machen. Es würde nämlich dieselbe allzu viel allein von ihnen in Anspruch genommen werden müssen, und bei der Fülle von „Akten der Arbeiterfürsorge“ trägt man sich mit dem Gedanken, speziell für die bayerische Porzellanindustrie selbst eine solche „Ehrentafel“ herauszugeben.

— In Berlin streiken die **Blasglaser** und **Glasarbeiter**, es wird vor Bezug gewarnt. — Die **Textilarbeiter** im Vogtland und Erzgebirge beabsichtigen im Oktober in eine Lohnbewegung einzutreten, jetzt haben sich die Textilindustriellen geeinigt, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen und eventuell eine Massenausperrung der Arbeiterschaft des Vogtlandes und Erzgebirges vorzunehmen. — In Brandenburg streiken die **Lederarbeiter**. Die Glacélederfabrikanten und Färbereibesitzer haben nun in einer Versammlung beschlossen, sofern der Streik fortbauert und die Berliner Lederarbeiter auch streiken, mit einer Massenausperrung sämtlicher dem Lederarbeiterverband angehörenden Arbeiter Deutschlands zu antworten. — Den **Hambur-ger Bauunternehmern** war es gelungen, während der dort bestehenden Differenzen mit den Arbeitern, eine Anzahl Arbeitskräfte aus Oesterreich heranzulooten. Es hat nun eine Versammlung dieser österreichischen Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter in Hamburg stattgefunden, in der eine Resolution angenommen wurde, wo es heißt: „Die österreichischen Maurer haben einsehen gelernt, daß sie den deutschen Berufsgeoffenen gegenüber unkollegialisch gehandelt haben. Sie hätten Hamburg längst verlassen, wenn nicht die Unternehmer mit Hilfe der Polizeiorgane alle Mittel angewandt hätten, dies zu verhindern. Auf Grund dieser Erfahrungen sind die noch in Hamburg weilenden Wiener Maurer zu dem Entschluß gekommen, mit Ende dieser Woche in ihre Heimath zurückzukehren.“ — Der Verband der **Glasarbeiter** hatte bis jetzt immer noch eine größere Anzahl Ausgesperrter vom Streik des vorigen Jahres über Wasser zu halten. Die Zahl derselben hat sich nun erfreulicher Weise in der vergangenen Woche erheblich vermindert, indem eine Anzahl Ausgesperrter in Jumez (Belgien) ein Unterkommen gefunden hat. Die Sache der Glasbarone hat so gearbeitet, daß deutsche Arbeiter ihrem Vaterland den Rücken kehren mußten. — Die **Arbeitslosenstatistik** des Verbandes der **Löcher** für den Monat August, 102 Orte umfassend, zählt 305 arbeitslose Ofenseher, 4 Werkstufenarbeiter und 9 Scheibentöpfer, während 135 offene Stellen für Ofenseher, 31 für Werkstufenarbeiter und 2 für Scheibentöpfer vorhanden waren. — Von der paritätischen Arbeitsvermittlung des Verbandes wird berichtet, daß in Berlin 1229 Einschreibungen erfolgten und 1090 Kollegen Arbeit erhielten, in Dresden 112 eingeschrieben und 87 vermittelt, in München 147 eingeschrieben und 109 vermittelt, in Stettin 49 eingeschrieben und 49 vermittelt wurden. 51 Kollegen sind abgereist. — **Falsche Hundertmarkscheine** sollen in verschiedenen Gegenden Sachsens, besonders im Erzgebirge, aufgetaucht sein. Nach einer Notiz der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ aus Glaschütze soll nun dort ein Porzellanmaler verhaftet worden sein, der in Griefing versucht hatte, ein solch falsches Papierchen an den Mann zu bringen. Sollte der Kollege am Ende der Hersteller solcher Kunstprodukte sein, so gehört er sicher nicht zu den Zufriedenen, sondern ist ein Erzzeugfriedener. Gleich Hundertmarkscheine nachzumachen!

— Der **Blatte Montag** kann in Bayern auf Grund des Polizeistrafgesetzbuches kriminell bestraft werden. So ist in Augsburg ein Weber zu 4 Tagen Haft verurtheilt worden. Ob diese Gesetzesvorschrift wirklich noch in den Rahmen des „freien Arbeitsvertrages“ paßt?

— „Es niht ja nichts.“ Für die- jenigen Berufsgeoffenen, die dieser Redensart

huldigen, der Organisation fernbleiben und dadurch beitragen, daß eben unsere Bestrebungen nicht die Erfolge aufweist, als es wünschenswerth ist, möge Folgendes zur Beachtung dienen: Einen Erfolg mit Hilfe der Organisation haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Porzellanfirma Levy u. Strich in Berlin erzielt. Vor einiger Zeit wurde bei genannter Firma, in deren Betriebe 25 Arbeiter und 35 Arbeiterinnen beschäftigt sind, ein Arbeiter entlassen, weil er für den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Mitglied geworden hatte. Ein Beauftragter der Organisation nahm hierauf mit den Chefs der Firma Rücksprache, wobei sich herausstellte, daß die Entlassung des Betreffenden ohne Wissen der Firmeneinhaber erfolgt war. Die Entlassung wurde zurückgenommen. Da der Chef bei dieser Gelegenheit seine Bereitwilligkeit, über etwaige Wünsche der Angestellten zu verhandeln, erklärt hatte, so überreichten die Angestellten die von ihnen formulirten Wünsche. Die Verhandlungen fanden in Gegenwart von Vertrauensmännern der Organisation statt. Die Firmeneinhaber bewilligten in entgegenkommender Weise den Arbeitern 1—3 Mark, den Arbeiterinnen 1—2 Mark Lohnzulage pro Woche je nach der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Firma. Außerdem wurde die Arbeitszeit um eine halbe Stunde herabgesetzt. Ueberstunden werden in Zukunft ebenfalls und zwar für Männer mit 35 Pf., für Frauen mit 25 Pf. pro Stunde vergütet. Den Frauen wurde bei der Akkordarbeit, dem Sortiren der Wollabfälle, ein Mindestlohn von 14 Mark pro Woche garantiert. Außerdem dürfen die Frauen in Zukunft zum Ballenstapeln, weil diese Arbeit den Körper zu sehr anstrengt, nicht mehr verwandt werden. Ferner ließ die Firma neue und ausreichende Wascheinrichtungen im Betrieb herstellen, so daß den Anforderungen des Personals auch in dieser Beziehung Genüge geschieht. **Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Firma gehören der Organisation an.**

— Kurz vor der Tagung des sozialdemokratischen Parteitages hielten die **sozialistischen Frauen** eine Konferenz in München ab, in der 20 Orte durch 22 Delegirte vertreten waren. Den in der Porzellan-Industrie beschäftigten Arbeiterinnen wollen wir die auf dieser Konferenz angenommene Resolutionen durch Nachdruck zugänglich machen und bemerken zugleich, daß die Adresse der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands lautet: **Ottilie Baader**, Berlin W. Groß-Görschenstraße 38 2. Hof rechts 3 Tr.

Resolutionen der Konferenz sozialistischer Frauen zu München.

I. Arbeiterinnenschutz.

In Erwägung

daß die von der Reichsregierung angeordnete Enquete über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen die Nothwendigkeit wirksamer gesetzlicher Arbeiterinnenschutzbestimmungen neuerlich dokumentarisch bestätigt hat;

daß jedoch die in letzter Zeit veranlaßte Erhebung des Reichsamtes des Innern über eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen nichtsdestoweniger eine Verschleppung der dringenden Reformen befürchten läßt, ebenso auch ein durchaus ungenügendes Maß an weiterem gesetzlichem Schutze der Arbeiterinnen;

fordert die Konferenz sozialistischer Frauen die schleunigste weitere Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes durch Festlegung der Reformen, für welche sich der Parteitag der Sozialdemokratie zu Hannover und die Konferenz sozialistischer Frauen zu Mainz erklärt

haben, und die in einer Eingabe zur Kenntnis des Reichstags gebracht worden sind.

Was insbesondere die unabweisbare Verkürzung der Arbeitszeit anbelangt, so fordert sie an erster Stelle:

Für alle erwachsenen Arbeiterinnen die gesetzliche Einführung des Achtstundentags, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn bzw. neun Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Ubergangszeit vorbereitet werden kann;

für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf vier bzw. sechs Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichtes, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind;

für alle Arbeiterinnen die Abschaffung der Ueberstundenarbeit.

Die Konferenz fordert außerdem gesetzliche Förderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen. Ersatz gesundheitschädlicher, im Arbeitsprozess zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu München erklärt ferner:

daß der existierende Schutz der lohnarbeitenden Schwangeren und Wöchnerinnen weder in Betreff der gesetzlichen Schutzfrist noch in Betreff der für die Zeit des Erwerbsausfalls gesicherten Fürsorge den zu erhebenden Ansprüchen genügt.

Sie fordert deshalb mindestens:

Verbot der Beschäftigung von Frauen acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen nach der Niederkunft bei Tot- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes.

Recht der Schwangeren auf kündigungslöse Einstellung der Arbeit vier Wochen vor der Niederkunft.

Verlängerung der Schutzfrist für Schwangere auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses.

Beseitigung der Ausnahmehewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgelegten Schutzfrist gestatten.

Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch:

Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist und in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Rassenmitglieder.

Die Möglichkeit dieser Leistungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Rassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat.

Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken durch:

fleißiges und gründliches Studium der in Betracht kommenden Fragen;

Sammlung und Veröffentlichung von Thatsachen, welche die Berechtigung dieser Forderungen begründen;

aufflärende mündliche und schriftliche Agitation unter den Arbeiterinnen;

Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung und am politischen Kampfe des Proletariats.

II. Beschwerdel Kommissionen.

Um den Arbeiterinnen die nötige Kenntnis der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten zu vermitteln;

um ihnen die größte Möglichkeit zur rückhaltlosen Beschwerdeführung über gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und zur Nuzbarmachung der Gewerbeinspektion zu geben;

um aus der Klasse des Proletariats weibliche Kräfte für die Gewerbeinspektion zu schulen,

erklärt es die Konferenz für wünschenswert:

1. Daß in allen Industriezentren mit zahlreicher weiblicher Arbeiterkraft im Einvernehmen mit den Gewerkschaftskommissionen und Kartellen Beschwerdel Kommissionen der Genossinnen errichtet, bzw. weibliche Mitglieder oder Vertrauenspersonen der gewerkschaftlichen Beschwerdel Kommissionen ernannt werden.

2. Daß die bestehenden Beschwerdel Kommissionen und Vertrauenspersonen zur Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas tätig sind, und daß das bei ihnen eingegangene, sorgfältig geprüfte Material einer Zentralfstelle überwiesen wird, durch welche es der allgemeinen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenchutz nutzbar gemacht werden muß.

3. Daß die Genossinnen der in Betracht kommenden Zentren Vortragskurse über die gesetzlichen Arbeiterinnenchutzbestimmungen organisieren, so daß die Frauen der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Beschwerdel Kommissionen und Vertrauenspersonen methodisch vorbereitet und geschult werden.

4. Daß die Genossinnen sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Instanzen ins Einvernehmen setzen und gemeinsam mit ihnen der Prüfung und Durchführung der möglichen Maßnahmen nähertreten.

III. Kinderschutz.

Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zum Schutze der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabrik ein sozialreformlerisches Pfluswerk ist, das nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesamten Nation:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit und im Gestadbedienst.

Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr.

Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf vier, von 16 bis 18 Jahren auf sechs Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichtes.

IV. Heimarbeit.

Die Konferenz tritt in der Frage des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit der Resolution des vierten Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart bei:

Da Heimarbeiterelend in hervorragendem

Maße Arbeiterinnenelend ist und die Genossinnen seit Langem der Frage der Heimarbeit die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet haben, scheint ihre Mitarbeit an dem bevorstehenden Heimarbeitkongress besonders wünschenswert.

Die Konferenz empfiehlt deshalb den Genossinnen, überall rechtzeitig in Verbindung mit den organisierten Arbeitern die nötigen Schritte zu thun, damit auch sachkundige Genossinnen als Delegierte an dem Kongress teilnehmen.

Die Konferenz spricht ferner die Ansicht aus, daß aller Schwierigkeiten ungeachtet Versuche zur Organisation der Heimarbeiterinnen gemacht werden müssen.

Als nächster Schritt in dieser Richtung erscheint ihr der Zusammenschluß der Heimarbeiterinnen der einzelnen Berufe in besonderen Sektionen, deren Grundlage die gewerkschaftlichen Unterstützungsvereinigungen sind, und die den betreffenden Gewerkschaftsverbänden angegliedert werden. Sie empfiehlt deshalb den gewerkschaftlich tätigen Genossinnen, eine gründliche Diskussion der Frage in den Organisationen anzuregen.

V. Politische Gleichberechtigung.

a) Frauenwahlrecht.

In Erwägung, daß die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Grundsätze und das Programm der Sozialisten bedingt ist, und daß ihre Verwirklichung die Möglichkeit schafft für die unbeschränkte Beteiligung der Proletarierinnen am Befreiungskampfe ihrer Klasse;

in weiterer Erwägung jedoch, daß gerade mit Rücksicht auf die soziale Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechtes das Klasseninteresse des Proletariats dem Sonderinteresse der Frau vorangestellt werden muß,

erklärt die Konferenz:

Bei den Kämpfen, welches das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Forderung kann jedoch nur als ausschlaggebender Punkt des jeweiligen Aktionsprogramms in diesen Kämpfen mit in den Vordergrund gestellt werden, wenn dadurch die Erweiterung und Sicherung des politischen Rechtes der Arbeiterklasse nicht gefährdet wird.

b) Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Konferenz erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechtes beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels lächerlicher Interpretationskunststücke das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechtes für die Proletarierin aufs Äußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werthätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich Zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohne Gleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freihetliches Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. Solange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen,

daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechtes und der Textbedeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

VI. Fleischtheuerung.

Die unerhörte Steigerung der Fleischpreise droht den ohnehin geringen Fleischkonsum des Proletariats in einer Weise einzuschränken, welche nicht nur Gesundheit und Kraft des arbeitenden Volkes schwer schädigt, sondern auch die wirtschaftliche Lage vieler kleiner Existenzen untergräbt. Diese allgemeine Noth, hervorgerufen durch die Begünstigungen, welche dem Großgrundbesitz auf Kosten der übrigen Bevölkerung zugewendet werden, macht es allen Frauen, insbesondere allen Proletarierinnen zur Pflicht, energisch Protest zu erheben gegen Regierungsmaßnahmen wie die Viehsperre, welche dem Reichen giebt, was dem Armen genommen wird.

Die Frauenkonferenz beschließt:

Dem Münchener Parteitag diese Resolution zu unterbreiten und zu beantragen, daß im ganzen Lande Volksversammlungen einberufen werden, um sich mit dieser Materie zu beschäftigen und gegen eine solche Politik lebhaft zu protestieren.

Die sozialdemokratische Fraktion wird ersucht, bei Eröffnung des Reichstags eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden ersucht, die Aufhebung bezw. Sifirung des Oktrois auf Fleisch und Fleischwaren zu beantragen.

VII. Organisation.

Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß durch das Organisationsstatut, das der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, das vom Parteitag zu Göttingen den Frauen zuerkannte Recht nicht berührt wird, zur Betreibung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen.

Versammlungsberichte etc.

Athalidenleben. Die letzte Versammlung hiesiger Zählstelle nahm die Wahl eines Schriftführers vor (Hirsch). Der Kassierbericht wurde vorgelesen und dem Kassier Decharge erteilt. Außerdem wird bekannt gegeben, daß die „Keramische Rundschau“ bei den Mitgliedern zirkuliert; wer auf dieselbe abonnieren will, hat sich aber selbst darum zu kümmern. Die „Versammlung“ war leider nur von 8 Mitgliedern besucht und wurde lebhaft Klage über die Ineffektivität der Mitglieder geführt. Es haben sogar schon einige Versammlungen ausfallen müssen. Vorgekommen ist es auch, daß jene Mitglieder, die den Weg zu dem Versammlungsort nicht fanden, über gefasste Beschlüsse kritisierten. Es wird seitens der Verwaltung nunmehr erwartet, daß von jetzt ab sämtliche Mitglieder ihrer moralischen Pflicht nachkommen und die Versammlungen ohne Ausnahme besuchen werden.

Altwasser. Am Sonnabend, den 27. September fand im Gasthof zum „Eisernen Kreuz“ die Monatsversammlung der hiesigen Zählstelle statt. Nachdem der Vorsitzende Gen. Stelzer die Versammlung eröffnet hatte, erfolgte die Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung, welches genehmigt wurde. Unter „Geschäftliches“ berichtete der Kassier Gen. Schulze, daß sich wieder 4 Porzellanarbeiter dem Verbande angeschlossen haben, auf Reisen befinden sich 3 Mitglieder der hiesigen Zählstelle, außerdem sind zur Zeit 7 franks Mitglieder zu unterstützen. Der Kassier berichtet ferner, daß zwei Bittgesuche um Nothfallunterstützung von auswärtig eingelaufen sind, wovon eines berücksichtigt wurde und dem ausgeleiterten Mitgliede eine einmalige Unterstützung gewährt wird. Weiter berichtet der Kassier, daß er sich wieder mit Herrn Laube aus Leipzig in Verbindung gesetzt habe, um auch wieder einen der hier am Orte so sehr beliebten Vorträge des betreffenden Herrn zu hören. Es findet deshalb am Montag, den 24. November im Saale des „Deutschen Kaiser“ wieder ein Vortragabend statt. Als Thema ist diesmal „Kulkan und Erdbeben“ unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse auf den kleinen Antillen vorgesehen. Da die Kosten dieser Vorträge ziemlich hohe sind, so muß diesmal an der Kasse ein höheres Entree entrichtet werden, während die Preise im Vorverkauf dieselben bleiben, wie bei den

ersten Vorträgen. Des Weiteren wird der Bureaukratismus der Bureaubeamten einer Kritik anlässlich eines Unterstützungsgesuches des Mitgliedes 13715 unterzogen. In diesem Falle hatte es der Hauptgeschäftsführer nicht für nöthig befunden, eine an ihn vom hiesigen Kassier gerichtete Zurückmeldung vom Militär und ein Unterstützungsgesuch oben genannten Mitgliedes an den Hauptkassier weiter zu geben, wodurch das Unterstützungsgesuch um einige Tage verschoben wurde. Die Bekanntmachung des Hauptvorstandes hält die Versammlung für nicht zweckentsprechend, da dadurch in manchen Fällen nur unnütze Portoauslagen entstehen können. Als 2. Punkt der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Stelzer über: „Die Frauen im Erwerbsleben und ihre Pflicht sich zu organisieren“ auf der Tagesordnung. Der Vortragende entledigte sich seines sehr lehrreichen Vortrages in befriedigender Weise, und wird von allen Anwesenden anerkannt, daß wir in der Organisation nur weiter schreiten können, wenn wir auch die Arbeiterinnen zum Eintritt in dieselbe bewegen, da gerade in der Porzellanindustrie die Frauen die gefährlichsten Lohnrücker des Mannes sind, zumal in der zur Zeit herrschenden Geschäftskrise. Ferner wurde beschlossen, das Stiftungsfest am 18. Oktober d. J. im Saale des Gasthauses „Zum eisernen Kreuz“ zu feiern. Unter „Verschiedenes“ wurde auch eine lobenswerthe Wohlfahrtsvereinbarung der Firma Dyma-Niederhalsbrunn erwähnt. Infolge dieser wird jedem Arbeiter, welcher längere Zeit dort beschäftigt ist, ein 14tägiger Erholungsurlaub gewährt, außerdem erhält derselbe 60 Mk. als Geschenk während des Urlaubs. Einige Kranke sind auf 6 Wochen auf Kosten der Firma nach verschiedenen Kurorten zur Herstellung ihrer Gesundheit beurlaubt worden. Es wäre nur dringend zu wünschen, daß diese dankenswerthe Einrichtung recht bald und viele Nachahmer fände, liegt es doch selbst im Interesse der Fabrikleitungen, sich auf diese Weise einen festen Stamm von Arbeitern zu verschaffen. Nachdem noch einige Anträge und Beschwerden erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Pforzheim. Wie überall, so auch am hiesigen Orte machen sich schon seit längerer Zeit die schlechten Verhältnisse bemerkbar, denn die Krise setzte auch im hiesigen Industriezweig (Wijouterie-Fabrikation) stark ein. Bekanntlich spielt ja Pforzheim in der ganzen Welt in Bezug auf genannte Produktion eine große Rolle, es befinden sich auch am hiesigen Orte etwa 120 Emailmalerei, die in diesem Fache thätig sind und zur Verschönerung genannter Gegenstände beitragen. Wie überall und anstrengend die Malerei ist auf solche kleine Sachen, das wird auch jeder Maler halb einsehen; demgegenüber müßte man annehmen, daß die Maler hier noch viel Geld verdienen. Bis jetzt war der Verdienst im Verhältnis nicht so schlecht für diejenigen, die etwas Thätiges leisten können und voll zu thun haben. Nun kommt aber der Geschäftsgang in Frage, die Bestellungen werden immer mindere, die Maler bleiben sich jedoch in der Zahl gleich; sie wurden sogar noch mehr, denn die hiesigen Fabrikanten kamen auch dahinter, daß die Lehrlinge billigeren Arbeitskräfte für sie sind, als die Gehilfen, und so kommt es vor, daß in einem Geschäft 6 Maler und ebensoviel Lehrlinge sitzen. Selbstverständlich vermehren sich durch diese Lehrlingszucht die Maler von Jahr zu Jahr, während das Geschäft nun zurück geht und infolgedessen Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, dessen Folge Lohnausfall ist. Dazu kommt aber erst der schwerwiegendste Faktor, die Helmarbeit. Vielleicht über die Hälfte der hiesigen Maler arbeiten für den Fabrikanten zu Hause. Um nun Beschäftigung finden zu können, ist Jeder gezwungen, in den Geschäften herumzupringen. Durch die große Anfrage hat es natürlich der Fabrikant leicht, die Preise zu reduzieren, da bis dato noch keine Kontrolle geführt werden konnte, was dieser oder jener für Preise stellt und so nimmt es einem nicht Wunder, wenn es vorkommt, daß Jemand ein und dasselbe Stück um 20—50 Pfg. je nach dem Gegenstand billiger malt und seinen Kollegen unterbietet, was dann einen empfindlichen Nachtheil für alle Maler hat. Dem Uebel wäre ja abzuhelfen, wenn die Kollegen unter sich einig wären und sich organisieren. Aber wie überall, so auch hier, tritt der Individualismus sehr zu Tage, denn von 120 Mann sind nur 27 organisiert. Die hiesige Zählstelle machte sich nun zur Aufgabe, einmal eine Agitation zu entfalten, um mehr Kollegen dem Verbande zuzuführen, weshalb in letzter Versammlung beschlossen wurde, eine öffentliche Emailmalerei-Versammlung einzuberufen und einen passenden Referenten zu wählen, der den uns fernstehenden Kollegen den Zweck und Nutzen der Organisation vor Augen führt. So fand nun am letzten Mittwoch im Saale des „Oberen Engel“ eine Versammlung statt, zu der einige 60 Maler erschienen waren. Referent war Herr Albert Will, Redakteur aus Karlsruhe. Das Thema lautete: „Verhältnisse in der hiesigen Email-Industrie“. Redner betonte, daß er auf die Details nicht eingehen könne, da er nicht die nöthige Aufklärung hierin hätte und ja jeder Einzelne von uns selbst über die hiesigen Verhältnisse gut informiert ist, er beschränkte sich deshalb auf das Wichtigste. Jeder Arbeiter, Handwerker, Beamte u. dgl. mag über die schlechten Verhältnisse und so ist es leicht erklärlich, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen und bestrebt sind, ihr Einkommen zu erhöhen. Die Unter-

schiede zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien sehr groß; denn während die Unternehmer, wenn es sich um ihren Geldbeutel handelt, immer einig sind, ob Jude, Christ oder Türke, haben die Arbeiter immer persönliche und religiöse Streitigkeiten. Durch Beispiele der Buchdrucker und Bauarbeiter, welche durch Hilfe ihres Verbandes in einer ganz kurzen Zeit ihr Einkommen verbesserten widerlegt Redner die Ausrede der vielen unausgestärkten Arbeiter: „es nützt ja doch nichts“. Wenn die nöthige Energie vorhanden, hilft es, denn die Erfolge, welche bis jetzt erzielt sind, sind nur der Organisation zu verdanken. Der Referent wies darauf hin, daß auch hier noch viel zu verbessern wäre, wenn die Kollegen einig wären und sich organisieren. Er forderte die Anwesenden auf, geschlossen der hier vorhandenen Zählstelle beizutreten und die Organisation mit Helfen zu fördern. Hierauf ergriff Kollege Jaas das Wort, er charakterisierte speziell die Entwicklung der hiesigen Emailmalerei und erwähnte die Anwesenden, die Worte des Referenten zu beherzigen und wie sie heute anwesend, dem Verbande beizutreten. Kollege Rößlau berichtete dann über ein Vorkommniß, das bei den Anwesenden allgemeine Entrüstung hervorrief. Vor etwa 1 1/2 Jahren siedelte ein Maler Jacques Gille, der vielleicht den Dresdener Malern bekannt ist, nach Pforzheim über und übernahm in einer hiesigen Wijouterie-Fabrik die Leitung der Malerei; unseres Erachtens nach hat er hierin ein schönes Auskommen, aber das genügte ihm trotzdem nicht, die Sabotier trieb ihn dazu, auch noch nebenbei Geld zu verdienen und so kam es, daß Gille im „Sprechsaal“ unter Offerte Maler suchte. Es fiel natürlich auch ein älterer Kollege (Mitglied Kämpf) auf die Annonce herein, denn in dem Engagementschreiben sicherte Gille dem Maler bei Akkordarbeit 25—35 Mk. pro Woche zu. Gille engagierte den Maler nicht für seine Fabrik, in der er angestellt, sondern setzte ihn in seine Privatwohnung, wo er in Gemeinschaft mit Gills Bruder arbeitete. Das alles wäre ja nicht so schlimm, wenn Gille dadurch nicht alle hier beschäftigten Maler geschädigt hätte, indem die betreffenden Gegenstände (ganz kleine Ringschildchen mit Heiligenbildchen bemalt) bis dato von den Fabrikanten noch für 18—23 Pf. pro Stück für Maler und Emailiten gezahlt wurden, verlangt sie Gille pro Stück für 2—3 Pf. gemalt; dann kommt noch eine Kleinigkeit, vielleicht ebensoviel fürs Emailiren hinzu, also hat entweder Gille den doppelten oder gar 3fachen Nutzen, oder aber er liefert sie dem Fabrikanten recht billig, wodurch dann die anderen Maler, die bis jetzt für ihren alten Preis gearbeitet, entweder nichts mehr bestellt bekommen, oder noch billiger als Gille liefern müssen. Gille hätte ja auch einen hier anfalligen Maler einstellen können, denn es sind sehr viele hier, die schon 1/4 Jahr und noch länger kein Geschäft bekommen können, weil eben eine Ueberfüllung von Arbeitskräften vorhanden, aber es wird immer noch fremden Arbeitskräften getrachtet, um recht niedrige Löhne zahlen zu können. Die hiesigen waren bis jetzt immer darauf bedacht, einen etwas anständigen Lohn zu erzielen. In den meisten Fällen aber halten es die Fremden nicht lange hier aus, weil sie sich in dieser Malerei nicht einarbeiten können und gewöhnlich müssen sie nach acht bis vierzehn Tagen Pforzheim den Rücken kehren. So ging es auch dem Mitgliede Kämpf auf eine andere Art. Die ersten 14 Tage hatte er genug gearbeitet, es wurde auch nichts über die Arbeit gesagt, die nächste Woche darauf aber wurde ihm mitgeteilt, daß er jetzt manche Woche bloß 30 Stunden arbeiten könne, worauf sich Kämpf natürlich nicht einlassen wollte, sondern selbstverständlich seine volle Arbeitszeit forderte, da er erst eingestellt sei. Daraufhin wurde ihm Stundenlohn zugesprochen, aber am nächsten Sonnabend bekam er auch die Kündigung mit dem Vermerk, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß in nächster Zeit Verkürzung der Arbeitszeit eintreten müsse. Kollege Kämpf geriet dadurch in eine kritische Lage, er wandte sich an das Gewerbeamt wegen Schädigung, konnte aber nur erreichen, daß Gille ihm 15 Mk. Reisegeld zahlen mußte. Für Kämpf ist es um so mißlicher, weil er zur gleichen Zeit, wo er in Pforzheim angefangen, auch anderweitig Stellung hatte. Nun ist alles Weibes für ihn verloren. Deshalb sei es für jeden fremden Kollegen von großem Nutzen, bevor er hier in Stellung tritt, sich bei der hiesigen Zählstellenverwaltung über die Verhältnisse zu erkundigen. Erst vorige Woche reiste wieder ein Mitglied zu, das schon nach einem Tage wieder abreißen mußte. Kollege Rößlau betonte noch, daß solche Fälle aber nicht vereinzelt dastehen, sondern sehr oft vorkommen, bloß nicht zur allgemeinen Kenntniß gelangen, eben weil es bis heute noch an dem Zusammenschluß fehlte. Deshalb soll Jeder sein Möglichstes dazu beitragen, um auch hier endlich einmal Remedur zu schaffen, und er hoffe, daß die heute Anwesenden alle der Zählstelle beitreten werden. Sodann wurden noch einige Paragraphen des Statuts erläutert. Nachdem erhielt, da sich Niemand mehr zum Wort meldete, der Referent das Schlusswort, in welchem er in warmen Worten die Hoffnung aussprach, daß seine Ausführungen hier reiche Früchte tragen möchten. Die Rede des Referenten fand allgemeinen Beifall und bewachte auch, daß sich 13 Kollegen zum Verbande anmeldeten. Der Vorsitzende macht noch darauf aufmerksam, daß an jedem letzten Dienstag im Monat Versammlung im Restaurant „Stuttgarter Hof“

stättfindet und ermahnte die Anwesenden, immer zahlreich zu erscheinen und bemüht zu sein, immer neue Mitglieder dem Verbandsbezugzuführen, denn wenn jeder Einzelne sein Möglichstes thut, werden wir bald ein günstiges Resultat erzielen.

Köln. In der am Montag, den 15. d. Mts. abgehaltenen Zahlstellenversammlung hielt der Schriftführer Gen. Lehr einen Vortrag über: „Die Arbeiterfrage und die Alkoholfrage“. An der Hand der gleichnamigen Broschüre vom Oberrichter Otto Lang-Büch, trägt Redner eingehend den Inhalt derselben vor. Redner hebt hervor, daß in letzter Zeit in der gewerkschaftlichen und politischen Presse verschiedentlich dieses Thema behandelt worden ist, auch unser Organ hat sich damit befaßt und es wäre zu wünschen, wenn die Arbeiter sich lebhaft für diese Frage interessierten, denn der Trinkwahn und die Trinksitten könnten wohl bei einigem guten Willen, wenn auch nicht ganz abgeklärt, doch wesentlich gemildert werden. In der sich hier anschließenden Diskussion, welche äußerst reger und interessant war, wird dem Vortragenden nur in einzelnen Punkten zugestimmt, im Allgemeinen war man anderer Ansicht. In seinem Schlußwort bemerkt Referent Folgendes: Obwohl der Alkoholismus eine Erscheinung des Kapitalismus ist und das Gesetz uns zwingt, unsere Versammlungen in geschlossenen Räumen (Wirtshäuser) abzuhalten, so sind doch zwei Punkte hier in Betracht zu ziehen, nämlich: Reform der Wohnung und Reform des Wirtshauses. Reform der Wohnung in der Hinsicht, daß dem Arbeiter ein Raum zur Verfügung steht, wo er sich mit seinen Arbeitsgenossen über Angelegenheiten, welche ihn betreffen, ausdrücken kann. Reform des Wirtshauses, in dem es einem Jeden gestattet ist, sich dort aufzuhalten, ohne etwas bezahlen zu müssen, wie z. B. in Gewerkschaftshäusern zc.

Burggrub. Die am 27. September stattgefundene Zahlstellenversammlung war trotz des Artikels in Nr. 34 der „A.“ wieder schwach besucht, denn nur die Hälfte der Mitglieder hatten es für ihre Pflicht gehalten, in der Versammlung zu erscheinen, was den Vortragenden veranlaßte, sein Bedauern über die Interesselosigkeit der Mitglieder auszusprechen. Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, wurden aus der Versammlung Beschwerden wegen der mangelhaften Erklärung des Gen. W. in Nr. 38 der „A.“ betreffs des Artikels in Nr. 34 der „A.“ beigebracht. Gen. W. nahm die zwei Punkte vor der Versammlung voll und ganz retour, weil er nicht genügendes Beweismaterial liefern konnte und derselbe in der Sache schlecht informiert worden ist. Die Anwesenden äußerten den Wunsch, er möge in Zukunft solche Sachen besser prüfen. (Damit ist diese Angelegenheit hoffentlich erledigt. D. A.) Wir wollen noch einmal auf den schlechten Versammlungsbesuch zurückkommen. An die nicht erschienenen Mitglieder richten wir die Frage, ob es nicht auch ihre Pflicht ist, die Versammlungen zu besuchen, oder sind sie nur im Verband, um zu bezahlen und Unterstützung zu beziehen, oder gar bloß zum Schein? Es ist zu bewundern, daß es noch Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die es nicht einmal für nötig halten, alle Wochen in die Versammlung zu gehen, um über ihre eigene Sache zu sprechen und ihre Lage zu verbessern suchen. Das größte Verbrechen ist, wenn ein Arbeiter nicht dafür sorgt, daß er sich und seine Familie redlich ernähren kann. Die säumigen Mitglieder werden ersucht, die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen und ihrer Pflicht und Schuldbiligkeit nachzukommen und erinnern Euch noch an das Wort: Einigkeit macht stark!

Die Verwaltung.

Adressen-Nachtrag.

- Althaldensleben. Schriftf.: Ernst Hirsch, Nordstr. 3.
- Berlin II. Schriftf.: Martin Tobias wohnt Charlottenburg, Schillerstr. 80. Belf.: Otto Lang, Petersburgerstr. 70.
- Freienoria. Kass.: Johann Kropf, Dreher, Raschhausen-Drlamünde.
- Manbach. Karl Helm, Maler, Schmiedestr. 3, Markt Redwitz. Kass.: G. Brühl wohnt Dammstr. 94b.
- München. Kass. Schwertner wohnt jetzt Karlstr. 21.
- Frankfurt a. O. Kass. Paul Wenske wohnt jetzt Solzhofstr. 18.

Versammlungskalender.

- Berlin-Charlottenburg. Vorstandssitzung, Dienstag, 7. Oktober, Abends 8 Uhr bei Fischbach, Marchstraße 24.
- Althaldensleben. Sonntag, 5. Oktober, Abends 6 Uhr im Vereinslokal. Bitte, pünktlich erscheinen.
- Arzberg. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
- Berlin II. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Geschäftliches. Verschiedenes.

Herausgeber vom Verbands der Porzellan- u. verwandten Arbeiter. — Berantw. Redakteur: Richard Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 8. Druck und Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.

Colbitz. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 Uhr im „Sächsischen Hof“, Saalstube. Erscheinen Aller ist Pflicht.

Eisenberg. Mittwoch, den 8. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Zahlstellenversammlung nur für weibliche Mitglieder.

Vortrag. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr Zahlstellenversammlung. Keine Versammlungen im „Gambrius“. Zahlreiches Erscheinen ist nötig.

Frankfurt a. O. Sonnabend, den 4. Oktober im Vereinslokal „Akademische Bierhalle“.

Gräfenhain. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht.

Grünstadt. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal (Stricker). Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Hirschau. Sonntag, 5. Oktober, Nachmittags 1 1/2 Uhr im Vereinslokal. 1. Zahlen der Beiträge. 2. Beschiedenes. Es wird ersucht, daß jedes Mitglied erscheint.

Höhr. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Alle erscheinen.

Kahla. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“.

Kolmar. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Alle erscheinen.

Kronach. Sonntag, 5. Oktober, Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal Magold. Quartalsabschluss. Parole: Pflicht erfüllen.

Meißen. Sonnabend, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr im „Thurmhaus“. Alle erscheinen.

München. Sonnabend, 4. Oktober im Vereinslokal.

Dhrdruß. Montag, 6. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Von 7 Uhr ab werden Beiträge entgegengenommen. Die restierenden Mitglieder werden dringend ersucht, bis dahin zu zahlen, widrigenfalls sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben.

Plaue. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Potschappel. Montag, 6. Oktober, Abends 1 1/2 Uhr im „Deutschen Haus“. 1. Wissenschaftlicher Vortrag über: „Die Geschichte zur Erkenntnis des Metalls“. 2. Gewerkschaftliches: Da verschiedene Punkte zur Erledigung stehen, ist vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

Schwarza. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 1 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Schönwald. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 1 1/2 Uhr bei Wegert. Alle erscheinen.

Selb. Sonntag, 12. Oktober, Nachmittags 2 Uhr im „Ludwigskeller“. Alle erscheinen. Von jetzt ab finden die Monatsversammlungen jeden 2. Sonntag im Monat statt.

Sophienau. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Sorgau. Sonnabend, den 4. Oktober, Abends punkt 7 Uhr im Vereinslokal „Gasthaus zur Straßmühle“. Es wird ersucht, dies Mal vollständig zu erscheinen.

Spandau. Sonnabend, den 4. Oktober bei Dutsch, Bichelsdorferstraße.

Suhl. Sonntag, 5. Oktober in Goldlauter „Zu den drei Linden“.

Tiefenfurt. Sonntag, 5. Oktober, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal.

Unterweißbach. Montag, 6. Oktober, Abends 1 1/2 Uhr im Gasthof „Zum Hirsch“ (Aug. Thomä).

Wlffstädt. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 8 Uhr bei Pfister. Alle erscheinen.

Worbach. Sonnabend, 4. Oktober, Abends 6 1/2 Uhr im Vereinslokal. Neuwahl des Schriftführers. Weißwasser. Sonnabend, 4. Oktober im Vereinslokal.

Wittenberg. Sonnabend, 4. Oktober im Vereinslokal.

Sterbetafel.

Kahla. Gustav Adler, Maler, geboren 4. April 1880, gestorben 25. September 1902 an Bluterkrankung. Krank 7 Tage. Am 15. September vom Militär zurückgekommen. Mitglied des Verbandes.

Waldenburg. Karl Sanisch, Porzellan-dreher, geboren 15. Februar 1849 zu Tiefenfurt, gestorben 22. September 1902 an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 9 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds. Ehre ihrem Andenken!

Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen lauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rotmann, Stadtlm, Thlr.

Emil Böhme
Eisenberg S.-A.
Einkaufsgesellschaft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.
Reelle und pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekt. Aeltesten Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Münzen, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w. werden aufgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angesetzt. Sendungen werden schnell erledigt.
M. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Otto Seifert
Zwickau S., Ostorwoldstr. 18



Empfehle mich den Herren Kollegen und verehrten Zahlstellen zur Lieferung aller Werke, Zeitschriften, Musikalien zc. und bitte um geneigte Berücksichtigung.
Michael Bayer, Buchhandlung, Selb.

Schwämme
Liefert in nur guter Qualität zu billigsten Preisen
1. — **B. Seibold, Wunstedel (Bayern).**
Man verlange Muster und Preisliste.

Düsseldorf. Sonnabend, 11. Oktober feiert die hiesige Zahlstelle im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8, ihr diesjähriges

Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert, Theater, komischen Vorträgen und Ball, wozu sämtliche Mitglieder und die umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen werden. Entree 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr. 1,50 Die Verwaltung.

Düsseldorf. Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 11 Uhr, hält die Agitationskommission des 22. Bezirks, St. Düsseldorf, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, eine

Vertrauensmännerkonferenz

ab. Die Tages-Ordnung lautet:
1. Vortrag über: „Agitation unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinnen“. Referent: Redakteur Wessel.
2. Bericht der Agitationskommission.
3. Bericht der Vertrauensmänner.
4. Besprechung und Beschlussfassung über weitere Agitation.
5. Verschiedenes.
Die Vertrauensmänner von den Zahlstellen Althaldensleben, Fürstberg a. M., Bonn, Elberfeld, Gemertich a. Rh., Ahlen, Oberhausen, Hamm, Schwelm, Duisburg, Solingen werden ersucht, zu dieser Konferenz zu erscheinen.
Die Agitationskommission.

Rohau. Allen durchreisenden Mitgliedern zu: Kenntlich, daß ich Unterstützung, sowie freiwillige Unterstützung nur in meiner Wohnung von 12—1 und 7 bis 8 Uhr Abends und an Sonntagen von 12—1 Uhr Mittags auszahlen werde.
G. Sammet, Kassirer.

Sondershausen. Wegen Uebergabe der Kasse fordere ich die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle auf, bis spätestens am 18. Oktober ihre Beiträge zu entrichten. Quittungsbücher sind abzugeben.
Der Kassirer.

Arbeitsmarkt.

Güchtige Druckerin

welche mit dem Stahlplatten- und Buntdruckverfahren durchaus vertraut ist, findet dauernde und gut bezahlte Stellung in der Porzellanmalerei von
L. J. Schulz, Hamburg
Wohnenstraße 30.